

Hugo Velarde

Eine sich konstituierende Gegenmacht – Argentinien und Bolivien am Ende des neoliberalen Kapitalismus?

(Vortrag am 3. November 2008 im Kaffee Burger)

1. Angesichts der jüngsten, weltweiten Finanzkrise, scheint zumindest eines sicher: Die uneingeschränkte Bewegungsfreiheit des spekulativen Kapitals hat mit Demokratie nichts zu tun. Damit hat sich wieder die vielgepriesene Gleichung Kapitalismus-Demokratie, die nur ein Imperativ des hegemonialen Selbstverständnisses der bürgerlichen Welteliten ist, als pure Legitimationsideologie offenbart.

Daß sie plötzlich einen Unterschied zwischen der „guten Real- und der schlechten Finanzwirtschaft“ einräumen, ist nicht nur der Versuch einer verschämten Schadensbegrenzung, sondern auch das implizite Eingeständnis, daß zwischen Kapitalismus und Demokratie eben eine historische, strukturelle, ja eine ontologische Zäsur besteht. Dies anzuerkennen, fällt den plutokratischen Eliten natürlich schwer. Denn die Propheten der „Freien Marktwirtschaft“ möchten weiterhin Kapitalismus und Demokratie in eins setzen.

Demokratie als Repräsentativitätsmodell angesichts des kapitalistischen Charakters menschlicher Arbeit? Ein fortdauernder Antagonismus. Solange gesellschaftliche Produktion und private Aneignung dominieren, kann nur schwer von Demokratie die Rede sein.

Dabei gibt es einen Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Diktatur, der gern verschwiegen wird. Man spricht also lieber von „Freier Marktwirtschaft“: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ So Max Horkheimer 1939 in seinem Essay *Die Juden und Europa*, als Hitler, bereits 6 Jahre an der Macht, zum Vollstrecker des deutschen Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase wurde.

Wer also Demokratie mit Kapitalismus gleichsetzt, hat sie bereits zu einem bloßen Epiphänomen, zu seiner Dienerin herabgesetzt, verzerrt ihre genuine Perspektive als mögliche Herrschaft der Mehrheit, die der kapitalförmigen, gleichsam autopoietischen Reproduktion von gesellschaftlichem Reichtum und privater Aneignung kategorisch

entgegensteht. Wer also mit der Demokratie ernst machen will, kann nur von sozialer Demokratie reden, die politisch erkämpft werden muß...

Womit wir jetzt bei den gegenwärtigen Kämpfen in Lateinamerika wären... Dort bewahrheitete sich Horkheimers Fazit wieder, als die sogenannten „autoritären Militärregierungen“ (die tatsächlich faschistische Diktaturen waren – auch wenn nur „Zwergdiktaturen“ im Vergleich zum deutschen oder italienischen Faschismus) in die sogenannten „neoliberalen Demokratien“ in den 80er Jahren ohne bedeutende Erschütterungen – unter wirtschaftspolitisch großem Konsens zwischen Militärs und Wirtschaftseliten – übergingen. Dabei wurde auch nochmals deutlich, daß „wer vom Faschismus redet, nicht über den Kapitalismus schweigen darf.“ Womit auch, das sollte auch nicht verschwiegen werden, nicht nur die USA, sondern auch Westeuropa zufrieden waren.

Damals, vor allem nach 1989, schien ihre Welt noch in Ordnung; eine Welt am „Ende der Geschichte“; die Welt von „Global Players“, bei denen *die* Demokratie (im nachdrücklichen Singular) mit den Kapitalverwertungsbedingungen quer durch die Kanäle des Cyberspace mit der Revolution der Informationstechnologien zusammenfallen sollte; eine entgrenzte Welt in einer neuen Akkumulationsphase. Ins sogenannte „postideologische Zeitalter“ eingebettet, offenbarte sie sich selbst als Ideologie, deren Entzauberung Horkheimer als „Kritik der instrumentellen Vernunft“ antizipierte – und unter dem schönen Titel *Eclipse of Reason* 1947 in den USA erschien.

„Eclipse of Reason“: Das Bild trifft unserer Gegenwart, in der es viel Wahlmöglichkeiten zu geben scheint, solange freilich die Welt der kapitalförmigen Produktion unangetastet bleibt; eine Welt, die obendrein die Garantie für Demokratie oder – was noch geschmacksloser ist – Demokratie selbst sein soll.

2. Morgen wird in den USA gewählt. Demokraten, auch nicht parteigebundene, hoffen weltweit auf eine breite Mehrheit für Obama. McCain würde sicher nur die Bush-Kontinuität einer aufgezwungenen und auch selbstverschuldeten Unmündigkeit in dieser „Eclipse of Reason“ darstellen. Sofern den Medien gefolgt werden kann, wurde dort selten ein Wahlkampf mit mehr Geld, Medienpräsenz und sogar mehr Leidenschaft geführt. Eines scheint aber hier auch als sicher: Egal wer gewinnt, wird

es nicht darum gehen, das sichtbare Mißverhältnis von Demokratie und Kapitalismus aufzuzeigen bzw. aufzubrechen, das ihre systemischen Antagonismen zumindest ins rechte, besser: ins linke Licht rücken würde.

3. Im Süden des amerikanischen Kontinents denkt man allerdings anders: „Gringos, habt keine Angst, folgt uns!“ war kürzlich an einer Wand einer der ärmsten Hauptstädte des Kontinentes, in Boliviens La Paz, zu lesen. Und weiter: „Obama, es ist die Zeit einer sozialen Revolution!“

Ein Scherz? Angesichts einer dramatischen Verelendung der US-Bevölkerung, eklatanter sozialer Unterschiede, die an die unüberbrückbare Kluft von Armen und Reichen in der sogenannten „Dritten Welt“ erinnern, eines wachsenden Analphabetismus, der inzwischen eine 10-prozentige Höhe erreicht hat, scherzt man im Süden offenbar vernünftig und bringt damit die Frage der US-Demokratie auf den Prüfstand.

4. Es geht tatsächlich um Demokratie, die man im lateinamerikanischen Kontext zunehmend sozialistisch begreift – auch ohne Sowjetunion, den Anti-Christus und auch sicher ohne Osama Bin Laden, dem Imperialphilister weiterhin noch viel Haß-Liebe entgegenbringen, weil er Bild und Objekt des Feindes, ohne das es keine Kriege und Ausnahmezustände geben kann, repräsentiert... Es ist schon ein Jammer mit der virtuellen Welt – und ein Ärger mit der realen; ein Jammer mit dem Finanzkapital, das weltweit von den Nationalstaaten gerettet werden soll, und ein Ärger mit der tief in die Krise gestürzten Realwirtschaft, der tiefe Konsequenzen nach sich zieht.

5. Zunächst weiter „realgeschichtlich“: Bolivien, Argentinien, Chile, Ecuador, Uruguay, Paraguay, Venezuela oder Nikaragua stehen im Zeichen einer sich demokratisch konstituierenden Gegenmacht zu diesem neoliberalen Kapitalismus. Diese wird allerdings unterschiedlich verstanden und artikuliert. Während Bolivien, Ekuador oder Venezuela einen radikalen Weg einschlagen, setzen Argentinien oder Chile eher auf gemäßigte Reformen. Dort, in diesem schwachen Glied der kapitalistischen Weltwirtschaft, hat sich längst die gegenwärtige Finanzkrise des Neoliberalismus angekündigt, die in den kapitalistischen Metropolen erst jetzt sichtbar

wird. Was jetzt globale Dimensionen erreicht, wurde in Argentinien 2001 oder Bolivien 2005 bereits erprobt. Wie damals in diesen Ländern helfen jetzt – nunmehr weltweit – keine verzweifelten Konjunkturprogramme. Was in der Tendenz auf dem Spiel steht, ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung selbst – und damit der Aufbau einer neuen Weltordnung, vor allem nach dem immer deutlicher sich abzeichnenden Zusammenbruch des USA-Imperiums.

6. Der bolivianische Fall: Auf dem 28. Gipfel der Iberoamerikanischen Länder in El Salvador erklärte Evo Morales am letzten Freitag das Ende des bolivianischen Kapitalismus. Er erinnerte daran, daß 2005, bevor er die Regierung des Landes übernahm, Bolivien lediglich 300 Millionen US-Dollar als Ertrag für den Export von Erdöl- und Erdgas erhielt, der seit der Verstaatlichung am 1. Mai 2006 (2007 und in der Tendenz auch 2008) auf 2 Milliarden US-Dollar anstieg. Allein diese Zahl spricht Welten. Er verwies außerdem darauf, daß die gegenwärtige Finanzkrise der Ausdruck der Plünderung von Naturressourcen und der Privatisierung der grundlegenden Wirtschaftszweige sei. Und er präsentierte auf einer Pressenkonferenz den neuen Verfassungsentwurf, in dem jegliche Privatisierung zentraler Zweige der Volkswirtschaft (z. B. Ölwirtschaft, Strom, Wasser oder auch Telekommunikation) untersagt wird. Morales verwies auf einen analogen Weg, den Honduras, Nicaragua, Guatemala und Ekuador einschlagen wollen.

Bewußt grenzte er sich von der gemäßigt modernisierenden Entwicklung anderer Länder wie Argentinien, Chile oder Uruguay aus, indem er auf das umwälzende Potential einer indigenen Entwicklung verwies, das seinen politischen Weg zum Sozialismus hin verzeichnet. Morales weiß, wovon er redet: Der indigene Diskurs folgt zwar einer archaisierenden Rhetorik, aber entspricht einer modernisierenden Praxis. Es ist archaisierend, indem der gemeinschaftlich-kulturelle Bezug betont wird, aber eben auch modernisierend, indem auf demokratischem Weg gesamtgesellschaftlicher Konsens hergestellt wird. Das sichert die Nationalentwicklung im regionalen Zusammenhang und kann zu einer tendenziellen Überwindung der neoliberalen Entflechtung vom Kapitalfluß und einer gesellschaftlichen Rezentrierung der Wertschöpfung durch das staatliche Gefüge führen.

Wer wie Morales bei den Nationalwahlen vom 18. Dezember 2005 53,4 Prozent und am 10. August 2008 beim Referendum zur Amtsenthebung von der Regierung und den Gouverneuren sogar über 67 Prozent der Stimmen erhielt, kann überdies den „zivilen Putsch“ aus den abtrünnigen Provinzen nicht mehr fürchten. Beides steht im engen Zusammenhang mit der Schaffung einer Substitution des Imports, die einen produktiven Binnenmarkt in Verbindung mit der regionalen ALBA, der Bolivarianischen Alternative für Amerika, die sich als Gegenentwurf zur von den USA angeführten und inzwischen funktionsuntüchtigen Gesamtamerikanischen Freihandelszone (ALCA), schaffen könnte. Der internationale Bezug, der stark legitimieren kann, ist also wichtiger geworden als in den vergangenen Jahrzehnten. Zum Ärger seiner Kritiker wurde Morales von der UNO-Vollversammlung am letzten 24. September nachdrücklich als demokratisch bestätigt, obgleich er in einer flammenden und pathetischen Rede den „global deregulierten Kapitalismus“ schlichtweg als „Geißel der Menschheit“ bezeichnete, worauf der US-Botschafter nur mit Kopfschütteln reagierte. Und selbst Nicolas Zarkosis Plädoyer für einen „Kapitalismus mit mehr Regulierung“ angesichts der Finanz- und Bankkrise in den USA wurde durch Morales Intervention medial übertrumpft. Der Bolivianer hatte überdies eine 25-seitige, alttestamentarisch anmutende Botschaft mit dem Titel „Zehn Gebote zur Rettung der Welt, der Menschheit und des Lebens“ mitgebracht und unter die UNO-Vertreter verteilt, in der man das Prinzip nachhaltiger Entwicklung aus der Jahrhunderte alten indigenen Erfahrung vorfinde, aus der die Menschheit nur lernen könne. Archaischer Diskurs und modernisierende Praxis? Wahrscheinlich.

Am 15. September wurde in Santiago de Chile „die vorbehaltlose Unterstützung der nationalen Integrität Boliviens“ und die „demokratische legitimierte Regierung“ der MAS (Bewegung zum Sozialismus) von zwölf südamerikanischen Ländern erklärt. Es war ein weiterer Sieg, der die Kräfte der abtrünnigen Provinzen der „media luna“ (des „Halbmondes“) weiter schwächte und international isolierte. Die Gastgeberin Chiles, Michelle Bachelet, erklärte überdies, die Ereignisse Boliviens und die Destabilisierungsversuche der Provinzgouverneure erinnerten an den Putsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973, als die chilenische Reaktion zusammen mit der CIA die Demokratie mit einem Blutbad beendete. Das sei auf keinen Fall zu dulden, weswegen das bolivianische Volk und seine legitime Regierung mit

politischer, ökonomischer und notfalls auch mit militärischer Hilfe der Region rechnen können. Das geschah auch angesichts der Ausweisung des USA-Botschafters Philip Goldberg aus Bolivien am 9. September 2008, der wiederum die Ausweisung des bolivianischen Botschafters aus Washington folgte, womit die US-Regierung Bolivien auf „die schwarze Liste der Länder, die den Drogenhandel nicht genug bekämpfen“, setzte. Inzwischen hat Morales, genau am 1. Dezember, also vor zwei Tagen, die Truppen der Drogenbekämpfungsbehörde DEA (Drug Enforcement Administration) des Landes verwiesen, die er der Konspiration und Einmischung in die inneren Angelegenheiten bezichtigte. Ein mutiger Schritt, dem wahrscheinlich Repressalien folgen werden.

Goldberg, ein persönlicher Freund des mächtigen Gouverneurs aus Santa Cruz de la Sierra, Rubén Costas, erklärte bereits am 11. September – einem merkwürdigen Datum –, daß der Kampf gegen den Totalitarismus, der die demokratische Marktwirtschaft abschaffen wolle, trotzdem weitergehen werde.

Dabei wurde in Santiago der Dialog zwischen der bolivianischen Regierung und der Opposition im Rahmen der bestehenden institutionellen Ordnung weiter angemahnt, wobei die verbrecherischen Ereignisse vom vergangenen 11. und 12. September in Pando scharf verurteilt wurden, in deren Folge der Gouverneur Leopoldo Fernández verhaftet wurde. Trotz dieser massiven internationalen Unterstützung und der bereits praktisch gezeigten Loyalität der Armee ist jedoch die virulente „Binnenlogik“ der bolivianischen Politik nicht zu unterschätzen oder einfach zu überbrücken.

Morales hat sich aber inzwischen durch einen Kompromiß mit einem Teil der rechten Opposition durchgesetzt. Der Verfassungsentwurf wurde im Parlament mit Zweidrittel-Mehrheit am 21. Oktober 2008 bestätigt, in deren Folge sich die rechte Opposition spaltete. Die neue Verfassung, die unter anderem eine Eingrenzung des Privatbesitzes an Grund und Boden bei maximal 10.000 Hektar, die Gleichstellung aller Ethnien (36 bei 36 Sprachen, u. a. Spanisch, Ketschua – die Inka-Sprache – und Aymara), ein Verbot von Privatisierungen nationalen Eigentums, eine kostenlose Gesundheitsfürsorge u. a.), soll dann per Referendum am 25. Januar 2009 bestätigt werden, was als sicher gilt angesichts des breiten Konsenses für Morales. Dabei sind Neuwahlen zum 6. Dezember 2009 angesetzt. Morales darf noch einmal kandidieren.

Wenn er diese Wahlen zum zweiten Mal gewinnt, könnte er bis 2014 regieren und damit seinen Kurs stabilisieren.

Nachdem nun die neoliberale Finanzkrise Lateinamerika massiv erreicht hat, werden Maßnahmen zur Abfederung auf regionaler Ebene, vor allem zwischen Brasilien, Argentinien, Bolivien, Chile, Ekuador und Venezuela abgesprochen. Man kennt sich aus – auch die armen Bolivianer. Der Neoliberalismus verzeichnet hier eine 20-jährige Geschichte:

Von 1885 bis 1989 regiert in Bolivien Victor Paz Estenssoro, der in Lateinamerika den neoliberalen Kurs des IWF „in exemplarischer Weise“ umgesetzt hatte. Dem pathetischen Spruch: „Unser Bolivien stirbt!“ aus dem Munde des einstigen Führers der Aprilrevolution vom 1952, folgt der Regierungserlaß 21060 zur Lösung der hyperinflationären Krise, die die linksnationalistische Regierung von Hernán Siles Suazo hinterlassen hatte. Die Privatisierung der weitestgehend verstaatlichten Industrie erfolgt als „Anpassung“ der Wirtschaft an die Interessen der multinationalen Konzerne – und betrifft auch die von der USA-Administration geforderte Vernichtung der Koka-Plantagen.

Keine der darauffolgenden Regierungen ist allerdings in der Lage, den politischen Widerstand der Cocaleros zu brechen. Morales politische Ausstrahlung wird trotz der Offensive der Regierungen von Jaime Paz Zamora (1989-1994), von Gonzalo Sánchez de Lozada (1993-1997 und 2002-2003), Hugo Banzer Suárez (1997-2001), Jorge Quiroga Ramírez (2001-2002), Carlos Mesa Gisbert (2003-2005) und Eduardo Rodríguez Veltzé (2005) immer größer und kulminiert schließlich mit Wahlsieg und Präsidentschaft im Jahr 2006.

Was seit der Kolonialzeit wie ein Alp auf dem feudalen und später auf bürgerlich oligarchischen Gewissen lastete, ist Wirklichkeit geworden. Dabei illustriert das, folgt man den bolivianischen Sozialwissenschaftlern Silvia Rivera, Raúl Prada und Luis Tapia, den Zusammenhang dreier „Gedächtnisformen“, die Boliviens Vergangenheit und Gegenwart verbinden. Hier kreuzen sich der lange (koloniale) Rückblick mit der aus den Emanzipationsbewegungen der 50er Jahre hervorgegangenen „national-popularen“ Erinnerung und dem kurzen Gedächtnis der sozialen Kämpfe seit 2002. Dazu kommt der immanente „Indigenismus“, der in Bolivien eigentlich Indianismus

heißt. Ein Blick auf dieses kurze Gedächtnis soll die Gegenwart der bolivianischen Kämpfe beleuchten.

Diese Phase ist geprägt von der Beendigung der mit der Revolution vom 1952 errichteten Staatsstruktur und kulminiert mit der zum Referendum stehenden neuen Verfassung. Was 1990 als Marsch für „Würde, Boden und Land“ einsetzte, folgte als Verfassungsreform 1994, die den multikulturellen und multiethnischen Charakter des Landes anerkannte, ohne die Situation der indigenen Bevölkerung wesentlich zu verbessern. 2002 wurde der Marsch wiederholt und der Ruf nach einer neuen Verfassung wiederholt. Der damalige Präsident Sánchez de Lozada versuchte 2003 die Proteste damit zu besänftigen, daß er die Revision der Verfassung durch eine verfassungsgebende Versammlung versprach. Es half nichts. Erst Morales konnte diese Forderung 2006 in die Tat umsetzen.

Um den politisch-kulturellen Horizont zu beschreiben, die diese sozialen Bewegungen prägen, ohne die Morales niemals eine politische Bahn eingeschlagen hätte und in die antibürgerlichen Kulturen zwischen Indianismus und Marxismus abspielt, ist folgender Zusammenhang zu vergegenwärtigen:

Die Rezeption des Marxismus erfolgte in Bolivien vor allem in den 50er Jahren als Fortschrittsideologie, die eine rasche Industrialisierung des Landes als Strategie zur Überwindung der ökonomischen Zurückgebliebenheit anvisierte. Damit stand die Strategie des revolutionären Nationalismus infolge des verlorenen Chaco-Kriegs im Zusammenhang mit einem Marxismus, der die Proletarisierung der indigenen Bauern (d. h. ihre Integration in eine kapitalistische Warenproduktion) verlangte. Damit wurde das Problem der ethnischen Identität verdrängt, die als eine kleinbürgerliche Arabeske vormoderner aufgefaßt wurde. Insbesondere daran scheiterte auch die Vorstellung Che Guevaras, die bolivianischen Bauern hätten eine elementare Bindung zu den städtischen Arbeitern, die die Stärke des „schwache Glieds“ des lateinamerikanischen Kapitalismus (Bolivien) ausmachen würde.

Die Paarung – oder der historische Kompromiß – einer nationalistischen Ideologie mit dem Marxismus schien allerdings 1952 mit dem allgemeinen Wahlrecht, der Bodenreform (1953), die den Großgrundbesitz auf dem Altiplano, wo die Aymara- und Ketschua-Bevölkerung dominiert (nicht im Osten des Landes – Santa Cruz de la

Sierra, Beni, Pando: die gegenwärtige media luna), abschaffte, und das Recht auf kostenlose Schulbildung (1955) besiegelte.

In den 70er Jahren, vor allem nach dem Militärputsch von Hugo Banzer 1971, brach allerdings die einstige national-revolutionäre Ideologie und ihre Institutionen zusammen. Die herrschenden weißen Eliten bedienten sich weiterhin ihrer Herkunft, um ihren sozialen und ökonomischen Aufstieg zu zementieren. Dazu kam, daß der prekäre Arbeitsmarkt der wachsenden Migration vom Land in die Städte nicht standhalten konnte. Das Projekt war gescheitert.

Dieser Fortschrittdiskurs wurde getragen vom Auslegungsmonopol der weißen Elite, die zwei Staatsbürgerschaften voraussetze. Ihre eigene, die sie als „zivilisiert“ voraussetzte; und die zweite, die noch im vormodernen, barbarischen Strukturen steckte – und die man in die „westliche Zivilisation“ integrieren sollte. Das konnte nicht gelingen.

Die MNR und damit die weiße bzw. die plebejisch vermischte Elite ging mit der ersten Regierung von Sánchez de Lozada (1993-1997) zur letzten Offensive über, indem ein Indigener, Victor Hugo Cárdenas, zum Vizepräsidenten nominiert wurde. Dazu kam ein „Gesetz zur Volksbeteiligung“, das an eine „Politik von Zuckerbrot und Peitsche“ erinnerte und von einer umfassenden Vereinnahmung der gärenden, sich politisch stark organisierenden indigenen Revolte getragen wurde. Es mißlang. Das mit einem mäßigen „sozialem Gewissen“ angereicherte neoliberale Modell scheiterte an allen Fronten.

Aber es droht auch, das Projekt einer sozialen Revolution, das von den legitimen Forderungen der indigenen Bevölkerung gestützt wird, zu scheitern, wenn man Nationen und politische Zusammenhänge ausschließlich ethnisch begreift. Es sind diese, mehrere Boliviens, die weiterhin Lateinamerika und der Welt ihre Aufmerksamkeit abfordern. Die Zukunft hat Zeit, könnte man sagen, diese bolivianische Zukunft, deren Verlauf ungewiß bleibt.

7. Der argentinische Fall – Versuch eines Rückblicks: Hier folge ich den Überlegungen der argentinischen Soziologin Maristella Svampa aus ihrem 2005 erschienenen Buch: *La sociedad excluyente. La Argentina bajo el signo del neoliberalismo* (*Die ausgrenzende Gesellschaft. Argentinien unter dem Zeichen des*

Neoliberalismus). Auch sie vertritt die These, daß die Umsetzung des Neoliberalismus eine exemplarische Zäsur mit der Demokratie darstellte.

Der neoliberale Wandel und seine Auswirkungen auf die sogenannten „peripheren“ Länder wie Argentinien waren in der Tat dramatisch. Die starke ökonomische Deregulierung, die mit der maßlosen Schwächung des Sozialstaates kombiniert wurde, erweiterte die Brutstätte einstiger sozialer Ausgrenzungen um neue und schärfere. Was im Argentinien der letzten Jahre tatsächlich aufkam, ist eine neue Gesellschaft, die durch Polarisierung und Heterogenität gekennzeichnet ist.

In diesen letzten Jahrzehnten rief eine neue Akkumulationsphase des Kapitals tiefe gesellschaftliche Veränderungen hervor. Diese durch die globale Verbreitung neuer sozialer Organisationsformen charakterisierten Prozesse veränderten ihre Integrations- und Ausgrenzungsformen, die eine neue Verflechtung zwischen Wirtschaft und Politik zum Ausdruck brachten. Dieser Wandel führte zu einer großen Zunahme sozialer Ungleichheiten, die eine neue Armut und Marginalisierung mit sich brachte.

Im Unterschied zu den Ländern der Peripherie waren aber im kapitalistischen Zentrum diese Prozesse nicht mit der totalen Demontage ihrer alten sozial- oder wohlfahrtstaatlichen Institutionen verbunden. In der Peripherie vertiefte die Globalisierung nicht nur die Prozesse der Transnationalisierung der ökonomischen Macht, sondern zersetzte radikal den auch nur rudimentär vorhandenen Sozialstaat in seiner „national-popularen“ Prägung. Dieser hatte sich – unabhängig von seinen strukturellen Grenzen und politischen Irrwegen – durch die schwere Aufgabe hervorgeraten, seine Praxis im Zusammenhang heterogener, ungleicher und abhängiger Gesellschaften auf einen gewissen sozialen Zusammenhalt zu konzentrieren.

In Argentinien führte die neoliberale Ordnung schließlich zu einer neuen Abhängigkeit, die nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch bedingt ist.

Jahrzehntlang herrschte dort ein soziales Integrationsmodell, dessen höchster Ausdruck der erste Peronismus (1946-1955) war und durch drei Hauptmerkmale charakterisiert werden kann: Ökonomisch stellte es erstens eine Entwicklungskonzeption dar, die mit der Phase der Substitution des Imports und der Strategie der Stärkung des Binnenmarktes verbunden war. Es implizierte zweitens – hauptsächlich durch die öffentlichen Sozialausgaben – die Anerkennung der Rolle des Staates als Hersteller des sozialen Zusammenhalts. Diese Politik zeigte sich auch in

einer Erweiterung ziviler und sozialer Rechte. Schließlich stellte es eine Tendenz zur sozialen Homogenität dar, die in der Einbeziehung eines wichtigen Teils der Arbeiterschaft sowie in der Verbreitung der lohnabhängigen Mittelschichten sichtbar wurde.

Nach langen politischen Schwankungen und nicht minderen Ausflüchten wiesen die Demontage und die Ablösung dieses Gesellschaftsmodells durch das marktwirtschaftliche Primat eine große Komplexität auf. Zusammenfassend könnte man behaupten, daß die ökonomischen Veränderungen von den südamerikanischen Militärregierungen der 70er Jahre ausgelöst wurden, wobei der damit verbundene, grundlegende Wandel der Sozialstruktur erst mit der Rückkehr zur Demokratie in den frühen 80er Jahren ins öffentliche Bewußtsein rückte. Es war aber vor allem die Regierung des Rechtperonisten Carlos Menem, die die Veränderungen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre verstärkt einleitete.

Im Grunde offenbarte sich aber der erste Versuch, eine neue Akkumulationsordnung einzurichten, bereits 1975 mit dem sogenannten „Rodrigazo“ (der auf den Namen des damaligen Wirtschaftsministers Celestino Rodrigo zurückgeht) während der Regierung von Isabel Martínez de Perón (1974-1976). Damit zeichnete sich eine Wende ab, die mit den drastischen, die Abwertung der Landeswährung um 100 Prozent und in vielen Fällen eine Preiserhöhung der wichtigsten öffentlichen Dienste um 200 Prozent einschließenden Anpassungsmaßnahmen eingeleitet wurde. Durch den ultraantikommunistischen Minister José Lopez Rega angestoßen, setzte der Rodrigazo also eine grundlegende Neuorientierung der Wirtschaft voraus. Sie zielte auf die Zerschlagung der nationalbetonten bzw. reformistischen Wirtschaftspolitik, die den Peronismus charakterisiert hatte, im Bündnis mit den neuen ökonomischen Gruppen des Landes. Dieser erste Versuch der Veränderung der Akkumulationsordnung stieß jedoch bald auf den Widerstand, der durch die spontanen Mobilisierungen, die schließlich zu einem Generalstreik führten, zur Geltung kam. Damit wurde nicht nur das abrupte Ende der „Anpassungsmaßnahmen“ besiegelt, sondern auch das Schicksal des starken Mannes der Regierung, Lopez Rega, der in deren Folge zurücktreten und das Land verlassen mußte.

Der zweite, bedeutendere Versuch geht auf den Staatsstreich vom 24. März 1976 zurück. Wie in anderen Ländern Lateinamerikas löste die argentinische Militärdiktatur

nicht nur eine massive politische Repression aus, sondern auch den Umbau der materiellen Ressourcen der Gesellschaft. Der Staatsterrorismus setzte also nicht nur die Disziplinierung bzw. Beseitigung der breiten, mobilisierten sozialen Gruppen in Gang, sondern auch ein Programm zur sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung, die tiefgreifende, verheerende Auswirkungen auf die soziale und produktive Struktur hatte.

Die neue Akkumulationsordnung beruhte auf der Vorrangstellung des Waren- und Kapitalimports sowie auf der Öffnung des Finanzsektors. Es richtete sich außerdem auf die Beseitigung der substitutiven Industrialisierung (sichtbar in der Erosion der Binnenproduktion), indem private und öffentliche Schulden in die Höhe getrieben wurden (widerspiegelt in der dramatischen Zunahme der Auslandsverschuldung, die zwischen 1976 und 1983 von 13 Milliarden auf 46 Milliarden Dollar anstieg). Damit sollte gleichzeitig die Unterbindung eines national-popularen Bündnisses ermöglicht und die Grundlagen eines um die großen nationalen ökonomischen Gruppen sowie um das transnationale Kapital zentrierten Herrschaftssystems gesetzt wurden, das schließlich 1989, von einem politischen Bündnis zwischen diesen Gruppen und dem triumphierenden Peronismus ausgehend, zementiert wurde.

Die von der Militärdiktatur eingeleitete Deindustrialisierung Argentiniens rief beträchtliche Veränderungen der Sozialstruktur hervor, die die Verdrängung der Industriearbeiterschaft in den Unterbeschäftigungssektor und ihre Marginalisierung mit sich brachte. Der Zerfall des Reallohns und die Produktionssenkung erzeugten zugleich eine Schrumpfung der Binnennachfrage, die mit der starken Zunahme von Ungleichheiten zwischen den Beschäftigungssektoren einherging. Die Beseitigung kollektiver Verhandlungsgrundlagen und die Senkung des Reallohns wirkten sich schließlich negativ auf die Verteilung des Einkommens aus. Dazu ein Beispiel: 1974 war in Argentinien die Verteilung des Reichtums mit jener vieler entwickelter Länder vergleichbar. Das Einkommen vom 10 Prozent der Reichsten war um 12,7 größer als 10 Prozent der Ärmsten. Das Fehlen von sozioökonomischen Indikatoren während des Militärregimes, das mit einer immer tieferen Verschlechterung der Lebensbedingungen breiter Mittel- und Volksschichten verbunden war, erklärt es, daß erst Mitte der 80er Jahre – mit der Rückkehr zur Demokratie – die tatsächliche

Dimension der Veränderungen ins öffentliche Bewußtsein rückte. Die neue Armut griff auch auf die oberen und unteren Mittelschichten über.

Die Zahlen aus dieser Zeit sprechen für sich. Sie verdeutlichen die Verteilung des Durchschnittseinkommens der Haushalte zwischen 1974 und 1989. So verzeichneten 30 Prozent der Haushalte unteren Einkommens eine Senkung von 12,4 im Jahr 1974 auf 7,3 Prozent im Jahr 1989. Die Haushalte mittleren Einkommens, die insgesamt 60 Prozent der Haushalte ausmachen, erfuhren eine Senkung von 60,7 auf 51,1 Prozent. Für die Haushalte oberen Einkommens schließlich ergab sich eine Einkommenserhöhung von 27 auf 41,7 Prozent.

Obgleich es der Diktatur gelungen war, die Grundlagen einer neuen ökonomischen Ordnung zu schaffen, gab es Versuche, das System auf eine produktive Ökonomie umzulenken. Während der ersten Jahre der Regierung von Raúl Alfonsín (1983-1989), mitten im demokratischen Brodeln, bestanden gewisse, auch wenn nur begrenzte Versuche, die Entwicklung entsprechend der vormaligen Akkumulationsordnung umzuorientieren. Diese Versuche ergaben sich im Rahmen der von der Auslandsverschuldung ausgelösten Krise, die einen großen Teil der lateinamerikanischen Länder in den 80er Jahren (das sogenannte „verlorene Jahrzehnt“) erschütterte, und im Kontext der Zunahme der Erwartungen und Forderungen der Unterschichten. Trotz anfänglicher Versprechungen einer Erneuerung der Gewerkschaftsstrukturen und einer grundlegenden Demokratisierung und mangels notwendiger Bündnispartner brachte die gewählte Regierung nicht den Mut auf, diesen Fragen auf den Grund zu gehen.

Die Praxis der Alfonsín-Regierung zeigte andererseits ihre wachsende Schwäche gegenüber den mächtigen peronistischen Gewerkschaften. 1987 nahm die Regierung ihren Vorschlag zurück, die Gewerkschaften zu reformieren, indem sie einen aus der gewerkschaftlichen Bewegung herkommenden Mann zum Arbeitsminister ernannte.

Die Gewerkschaft CGT (Confederación General del Trabajo / Allgemeiner Arbeitsbund, bestehend seit 1930) übte weiterhin einen starken Druck aus, der durch die dreizehn Generalstreiks zwischen 1984 und 1988 deutlich zur Geltung kam.

Ende der 80er Jahre versank das erschütterte Land in eine immer tiefere Krise, die sich in einem bedeutenden Rückgang von Innlands- und Auslandsinvestitionen, in der wachsenden Kapitalflucht und dem Inflationsrekord (1987: 175 Prozent und 1988: 388

Prozent) widerspiegelte. Die Alfonsín-Regierung erlitt schließlich Schiffbruch, indem sie den Schlüssel eines neuen politisch-ökonomischen Bündnisses nicht zu finden vermochte, das sowohl den zurückgewonnenen institutionellen Rahmen konsolidieren wie auch die stark angeschlagene Wirtschaft hätte sanieren können. Die Loslösung einer auf die Konsolidierung des institutionellen Rahmens orientierten repräsentativen Demokratie einerseits und einer auf die Verbindung von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit beruhenden Basisdemokratie andererseits wurde immer offensichtlicher. Der Ausbruch einer hohen Inflation endete 1989 mit der Hyperinflationskrise, die zum Teil von den großen ökonomischen Sektoren (durch den sogenannten „Putsch des Marktes“) angestoßen wurde. Diese Ereignisse führten schließlich zum vorzeitigen Rücktritt Alfonsíns, der inmitten großer politischer und wirtschaftlicher Erneuerungserwartungen 1983 mit 52 Prozent der Stimmen an die Macht gekommen war.

Derart wurde Argentinien Anfang der 90er Jahre zu einer ärmeren und ungleicheren Gesellschaft. Die Zunahme von sozialen Ungleichheiten und Polarisierungen kündigten zwar ein anderes Land an. Aber die große Veränderung ereignete sich erst in ihrer dritten Phase, zwischen 1989 und 1999, während der langen Regierung von Carlos Menem.

1989 kollabierte der osteuropäische Staatssozialismus. Das abrupte Ende kündigte die deutsche Wiedervereinigung an und den überwältigenden Sieg des Kapitalismus. Das atemberaubende Ende der bipolaren Welt öffnete damit einen breiten politisch-ideologischen Raum, der vom Anleinvertretungsanspruch des so sakralisierten Neoliberalismus besetzt wurde. Die Ereignisse besiegelten national und international das Ende eines politisch-ökonomischen Zyklus.

In Lateinamerika war indes die Lage nicht weniger ernst. „Das verlorene Jahrzehnt“ endete mit einer negativen Bilanz: Nur in den letzten vier Jahren nahm die Zahl der Armen um 25 Prozent zu. Anfang 1989 führte die ökonomische Krise in Venezuela, eine der vormals durch ihre Erdölressourcen reicheren Republik, zu massiven Plünderungen und Revolten. Der „Caracazo“ verschärfte auch die Ängste der regierenden Eliten anderer Länder, die durch die Auslandsverschuldungskrise, die galoppierende Inflation und den Zerfall der Lebensbedingungen der breiten

Volksmassen im Schach gehalten wurden. Monate später, im Mai 1989, traf sie gleichermaßen Argentinien.

1989 war andererseits das Jahr, das die großen Niederlagen der sozialen Bewegungen verdichtete. Als wäre es nicht genug, unterzeichnete die neue Menem-Regierung im Oktober 1989 die erste der zwei Verordnungen, die die Militärspitze von ihren vormals verurteilten Verbrechen gegen die Menschlichkeit amnestierte. Amnestiert wurde aber auch die Spitze der Montonero-Bewegung, der wichtigsten und umstrittensten peronistischen bewaffneten Organisation der 70er Jahre. Diese Dekrete sollten die in den ersten demokratischen Jahren aufgestellte These der „zwei Teufel“ bestätigen, die dem Staatsterrorismus, den Guerilla-Organisationen und in breiterem Sinne der Gesamtheit des militanten Raumes die Verantwortung für die „bleiernen Jahre“ gab.

Die Begnadigungen, die jene aus der Alfonsín-Zeit ergänzten, brachten eine allgemeine, nicht nur Menschenrechtsorganisationen, sondern auch breite gesellschaftliche Gruppen einschließende Opposition hervor. Damaligen Umfragen zufolge wurde sie von annähernd 75 Prozent der Gesellschaft abgelehnt. Sie führten schließlich zu einer großen Mobilisierung, die wie zu der ersten Zeit der Demokratie Hunderttausende umfaßte. Dennoch: Es gab nichts, was den neuen peronistischen Präsidenten von seiner besonderen „Befriedungspolitik“ abzubringen vermochte. Dieser Gesamtzusammenhang offenbarte folglich eine Wendung der Systeme kollektiver Aktion, was sowohl durch die Demobilisierung und Zersplitterung der Menschenrechtsorganisationen wie auch durch die Krise der politischen Militanz in den Armenvierteln bekräftigt wurde. Die neue Zeit zeigte eine neue Auffassung des Zusammenhangs vom Sozialen und Politischen, die durch die Verzerrung der politischen Gegensätze und die Zunahme der gesellschaftlichen Polarisierung gekennzeichnet war.

Seit 1983 steht in Argentinien die wachsende Institutionalisierung des Parteiensystems in krassem Gegensatz zum langen Prozeß institutioneller Instabilität und politischer Polarisierung, die das Land seit 1955 geprägt hatte. Diese Institutionalisierung sollte nun im Rahmen der argentinischen Besonderheiten interpretiert werden, d. h. durch die Bestimmung des traditionell schwachen politischen Systems und, wie in vielen lateinamerikanischen Ländern, durch eine starke Artikulierung zwischen dem

politischen System, den sozialen Akteuren und dem Staat. Diese Lage war gleichsam durch eine Art Anomalie gekennzeichnet: Je stärker die sozialen Gruppen, desto geringer schien ihr organischer Ausdruck durch die politischen Parteien. Das stand einerseits im Zusammenhang mit der Unfähigkeit konservativer Gruppen, jemals eine starke rechte Partei zu konsolidieren, weshalb sie letztlich zur Durchsetzung ihrer Interessen auf Militärinterventionen zurückgriffen. Zur Einbeziehung in ein wirkliches Repräsentationsmodell war es für viele notwendig, diese Ebenen zu differenzieren zur Ermöglichung einer wirklichen Verknüpfung zwischen dem Sozialen und dem Politischen.

Gewiß, die fortschreitende Institutionalisierung des Parteiensystems erfolgte nicht ohne Probleme. Hier seien die militärischen Erhebungen während der Alfonsín-Regierung, das erste Jahr der Menem-Regierung hervorgehoben sowie der unverminderte Druck der ökonomischen Sektoren, der auf dramatische Weise durch den ersten hyperinflationären Ausbruch vom 1989 illustriert ist, der für viele als einen wirklichen „Putsch des Marktes“ angesehen wurde. Dennoch, das Eigentliche dieser Phase, die 1983 einsetzt, bildet die zunehmende Annäherung zwischen den herrschenden ökonomischen Gruppen und den mehrheitlichen politischen Parteien. Vom Standpunkt der herrschenden Gruppen aus brachte die demokratische Öffnung eine wichtige Wende in der politischen Sichtweise mit sich, indem auf putschistische Positionen verzichtet und somit die neuen Spielregeln akzeptiert wurden. Dieser Prozeß, im Hintergrund von der Überzeugung geleitet, daß das Militär nicht mehr den geeigneten Kanal zur Durchsetzung ihrer Interessen darstellte, folgte aber auch einer Art „demokratischen“ Mandats der USA und internationaler Organisationen im ganzen Subkontinent. Daraus wird es verständlich, warum zur Lösung der argentinischen Probleme das Handeln der herrschenden Gruppen zunehmend auf die Besetzung der zwei großen politischen Parteien durch die Infiltrierung des liberalen Wirtschaftsdiskurses ausgerichtet wurde.

Hier sei daran erinnert, daß 1983 die neoliberale Politik in Argentinien – einer der Eckpfeiler der faschistischen Militärdiktatur – vor allem von den großen ökonomischen Sektoren und den Parteien liberaler Prägung getragen wurde.

Der Wirtschaftsminister Menems Domingo Carvallo bindet 1992 den argentinischen Peso im Verhältnis 1:1 an den US-Dollar, was nicht bedeutet, daß Menem 1995 wieder

gewählt wird. Das Modell kann das Land nicht stabilisieren, das zwischen einer weiteren, zunehmenden Verarmung der Unter- und Mittelschichten erfährt. Dabei spielt sich der politische Kampf vor allem im Kontext der Verurteilung der Verantwortlichen der Militärdiktatur ab. 1999 gewinnt die Wahlen der Liberale Fernando de la Rúa aus der Unión Cívica Radical (der Radikalen Bürgerunion), der die katastrophale Staatsverschuldung und eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage nicht abwenden kann. 2001 wird de la Rúa nach heftigen Protesten und landesweiten Unruhen zum Rücktritt gezwungen. Eduardo Duhalde übernimmt vorübergehend die Staatsgeschäfte, bis zu den Neuwahlen. Das Massaker an der Brücke Pueyrredón, die einen massiven Linksruck auslöst, zwingt ihn, die Wahlen vorzuverlegen. Eine linke Alternative formiert sich innerhalb der peronistischen Gruppen, die von den organisierten Arbeitslosen Piquetero-Organisationen kritisch verfolgt wird.

Anders als im gegenwärtigen Bolivien bildet sich in Argentinien auch eine peronistischer Prägung heraus, die zwischen den revolutionären Forderungen der Unterschichten und dem geschlagenem, bürgerlichen Establishment geschaltet ist und eine sich konstituierende Gegenmacht verhindern soll. In diesem Kontext wird Néstor Kirchner Präsident, nachdem Carlos Menem auf die Stichwahl verzichtet, obwohl er in der ersten Runde die meisten Stimmen erhalten hatte. 2004 erläßt die Stadtregierung von Buenos Aires den neuen Código Contravencional (Gesetz zur Regelung von Ordnungswidrigkeiten), in dem u. a. auch die sozialen Proteste der Piqueteros kriminalisiert werden. Kirchner gelingt es, den argentinischen Mittelstand für sich zu gewinnen und damit die Bewegungen der Unterschichten im Schach zu halten. Mit Cristina Fernández de Kirchner, der Frau von Néstor Kirchner, die 2007 die Wahlen gewinnt, erlangt das Kirchner-Projekt institutionelle Kontinuität.

Das neoliberale Modell, das einst das Land in seine tiefste Krise gestürzt hatte, wird damit wiederbelebt. Bis die jüngste, weltweite Finanzkrise noch einmal die Sparer des Mittelstandes erfaßt hat, die 2001 vor den geschlossenen Türen der Banken standen. Was 2001 in Argentinien dramatisch erfolgte, kann als die Generalprobe der jetzigen Krise bezeichnet werden.

Dennoch: die Erinnerung ist noch frisch. Die politischen Kämpfe um eine gerechtere Gesellschaft gehen weiter. Während die linken Argentinier auf den (noch) ärmeren

bolivianischen Nachbar schauen, schaut die Welt auf die politischen und sozialen Bewegungen in Lateinamerika, die sich daran gemacht haben, das Problem der Demokratie in einer wahrhaft neuen Art – jenseits des angeschlagenen Imperiums – aufzuwerfen, die eine sich konstituierende Gegenmacht hervorbringen kann, die für die Welt exemplarisch wäre.